Stadt Leverkusen Antrag Nr. 2026/0589

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he
Dezernat/Fachbereich/AZ

06.10.2026
Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bildungsausschuss	23.11.2026	Beratung	öffentlich
Bauausschuss	23.11.2026	Beratung	öffentlich
Sozialausschuss	26.11.2026	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I	30.11.2026	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II	01.12.2026	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III	03.12.2026	Beratung	öffentlich
Finanzausschuss	07.12.2026	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	14.12.2026	Entscheidung	öffentlich

Betreff:
Hitzeschutz an Schulen und Kindertageseinrichtungen in Leverkusen verbessern – Eigeninitiative ermöglichen und Fördermöglichkeiten nutzen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.09.2026

Anlage/n:
0589 - Antrag

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen • Friedrich-Ebert-Str. 96 • 51313 Leverkusen

CDU
FRAKTION LEVERKUSEN

Friedrich-Ebert-Straße 96
51373 Leverkusen
Telefon: 02 14 / 406-87 20

info@cdufraktion-lev.de
http://cdufraktion-lev.de

Unser Zeichen: st / mdp

Leverkusen, 25. September 2026

Herrn
Oberbürgermeister
Stefan Hebbel
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Hitzeschutz an Schulen und Kindertageseinrichtungen in Leverkusen verbessern – Eigeninitiative ermöglichen und Fördermöglichkeiten nutzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnungen der zuständigen Gremien:

Die zunehmende Zahl heißer Tage stellt insbesondere Kinder und Jugendliche sowie Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in Schulen und Kindertageseinrichtungen vor erhebliche Belastungen. Ein wirksamer Hitzeschutz ist daher auch in Leverkusen von zunehmender Bedeutung.

Gleichzeitig sind die finanziellen Handlungsspielräume der Stadt angespannt. In Leverkusen gibt es jedoch engagierte Fördervereine, Elternschaften und weitere externe Unterstützer, die bereit sind, Maßnahmen zum Hitzeschutz eigeninitiativ zu finanzieren oder sich an deren Finanzierung zu beteiligen.

Um dieses Engagement zu unterstützen und gleichzeitig eine rechtssichere Umsetzung sicherzustellen, soll die Stadtverwaltung ein möglichst unbürokratisches und transparentes Verfahren schaffen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Leverkusen beauftragt die Verwaltung,

1. ein standardisiertes und möglichst unbürokratisches Genehmigungsverfahren für von Fördervereinen, Elternschaften oder sonstigen nicht-städtischen Geldgebern finanzierten Hitzeschutzmaßnahmen an städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen zu entwickeln.

Dabei sind insbesondere die erforderlichen rechtlichen und technischen Anforderungen, unter anderem hinsichtlich Eigentumsverhältnissen, Brandschutz, Statik, Verkehrssicherheit und Wartung, zu berücksichtigen. Die bürokratischen Anforderungen sollen dabei auf das notwendige Maß beschränkt werden.

2. die Finanzierung von Hitzeschutzmaßnahmen durch Fördervereine, Elternschaften und weitere nicht-städtische Unterstützer ausdrücklich zu ermöglichen, sofern die jeweils geltenden Qualitäts-, Sicherheits- und Ausstattungsstandards eingehalten werden.

Hierzu können beispielsweise mobile Klimageräte, Rollos und Sonnenschutzanlagen, Sonnensegel, Verschattungen, kleinere Überdachungen oder vergleichbare geeignete Maßnahmen gehören.

3. klare Regelungen für Sponsoring und private Zuwendungen zu entwickeln, damit eine Finanzierung durch Dritte rechtssicher erfolgen kann und gleichzeitig eine unzulässige Einflussnahme oder unangemessene Werbung in Schulen und Kindertageseinrichtungen ausgeschlossen wird.
4. Fördervereine, Elternvertretungen und Einrichtungen aktiv bei der Suche nach geeigneten Förderprogrammen und rechtssicheren Finanzierungsmöglichkeiten zu unterstützen. Dabei soll insbesondere geprüft werden, welche Fördermittel des Landes, des Bundes oder anderer Fördermittelgeber für Maßnahmen des Hitzeschutzes und der Klimaanpassung in Anspruch genommen werden können.
5. ein Konzept zur Ermittlung der besonders hitzegefährdeten Schulen und Kindertageseinrichtungen zu erstellen. Hierbei soll die Gebäudewirtschaft Strategien und Ideen erarbeiten, welche perspektivisch den betroffenen Objekten bei der Bewältigung der Hitze hilft. Die finanziellen, zeitlichen und baulichen Auswirkungen sind darzustellen, Ziel soll es sein durch bauliche Veränderungen langfristig tragfähige Lösungen herbeizuführen.

Dabei sollen insbesondere bauliche Gegebenheiten, fehlende Verschattung, sommerliche Raumtemperaturen, die Ausrichtung und Nutzung der Gebäude sowie weitere relevante Faktoren berücksichtigt werden.

6. auf Grundlage dieser Erhebung eine Prioritätenliste der Schulen und Kindertageseinrichtungen zu erstellen, bei denen aus Sicht des Hitzeschutzes besonders dringender Handlungsbedarf besteht.
7. zu prüfen, ob die städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen bzw. deren jeweilige Träger die Voraussetzungen für den aktuellen Förderaufruf „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen (AnpaSo)“ mit Förderstart zum 1. Oktober 2026 erfüllen.

Sofern eine Förderfähigkeit besteht, soll die Verwaltung geeignete Maßnahmen identifizieren und die erforderlichen Schritte für eine mögliche Antragstellung einleiten.

Begründung

Die Zahl heißer Tage und sommerlicher Hitzeperioden nimmt zu. Besonders Kinder und Jugendliche sind durch hohe Temperaturen in Innenräumen und auf nicht ausreichend verschatteten Außenflächen belastet. Dies kann sich sowohl auf das Wohlbefinden als auch auf die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit auswirken. Auch für Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher sowie weitere Beschäftigte stellen hohe Temperaturen eine zusätzliche Belastung dar.

Hitzeschutzmaßnahmen an Schulen und Kindertageseinrichtungen sind daher ein wichtiger Bestandteil einer vorsorgenden Klimaanpassung.

Gleichzeitig stehen Kommunen vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, vorhandenes bürgerschaftliches Engagement zu nutzen. Fördervereine, Elternschaften und weitere Unterstützer sind vielfach bereit, konkrete Maßnahmen finanziell zu ermöglichen. Dieses Engagement sollte von der Stadt nicht durch unnötige bürokratische Hürden erschwert werden.

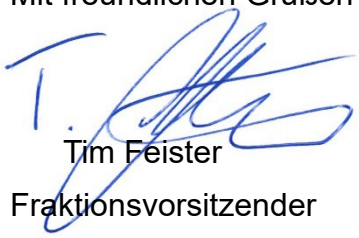
Ein standardisiertes Verfahren kann hierbei Rechtssicherheit schaffen und gleichzeitig eine schnelle Umsetzung ermöglichen. Dabei müssen selbstverständlich die notwendigen Anforderungen an Sicherheit, Brandschutz, Statik, Eigentum und Qualität eingehalten werden.

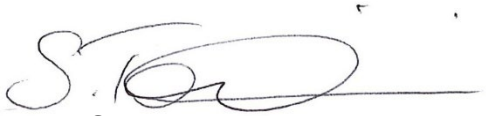
Darüber hinaus ist es sinnvoll, zunächst diejenigen Schulen und Kindertageseinrichtungen zu identifizieren, bei denen der Handlungsbedarf besonders groß ist. Eine nachvollziehbare Priorisierung ermöglicht es, vorhandene städtische und private Mittel gezielt einzusetzen.

Mit Blick auf den Förderaufruf „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen (AnpaSo)“ soll zudem geprüft werden, ob entsprechende Fördermöglichkeiten für Schulen und Kindertageseinrichtungen in Leverkusen genutzt werden können. Dadurch könnten zusätzliche finanzielle Spielräume für notwendige Maßnahmen des Hitzeschutzes und der Klimaanpassung erschlossen werden.

Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Kinder, Jugendliche und Beschäftigte in Leverkusener Schulen und Kindertageseinrichtungen schnell und wirksam vor den Folgen zunehmender Hitze geschützt werden. Dabei sollen städtische Mittel zielgerichtet eingesetzt und gleichzeitig das große Engagement von Eltern, Fördervereinen und weiteren Unterstützern genutzt werden.

Mit freundlichen Grüßen





Tim Feister
Fraktionsvorsitzender

Sven Tahiri
Ratsmitglied